



Industrie Energie

NEWSLETTER DER IG METALL FÜR EINE NACHHALTIGE INDUSTRIE-, STRUKTUR- UND ENERGIEPOLITIK

Expertenteam Maschinenbau:
Branchendialog fortsetzen

Seite 2

Gerechte Finanzierung
öffentlicher Investitionen

Seite 3

IG Metall-Initiative
zum Energieanlagenbau

Seite 4

2
2015

EU BESCHLIESST INVESTITIONSPROGRAMM

Juncker-Plan beginnt holprig

Vor einem halben Jahr war der „Juncker-Plan“ in Europa in aller Munde: ein respektables Investitionsprogramm, das die europäischen Länder für die neuen technologischen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen wappnen soll. Doch so richtig kommt das Projekt nicht voran.



Mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, verband sich seine Investitionsinitiative in Höhe von 315 Mrd. Euro. Die öffentliche Infrastruktur, die Breitbandverkabelung, die Bildung und Qualifizierung in umweltverträglichen und ressourceneffizienten Technologien sollen gefördert werden, ebenso die Entwicklung von kohlenstoffarmen und damit klimafreundlichen Produkten. Alle politischen Seiten spendeten dem Vorhaben, durch diese Initiative Arbeitsplätze zu schaffen, Beifall. Auch aus Sicht der IG Metall besteht eine gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Notwendigkeit, verstärkt in so wichtige Wirtschaftsbereiche wie Energie- und Rohstoffeffizienz zu investieren. Der Start der Initiative verläuft allerdings schleppend. Ursache dafür ist die Art und Weise, wie der Juncker-Plan finanziert wer-

den soll. In einem Fonds, der zum Teil aus Geldern des EU-Haushaltes (16 Mrd. Euro) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) (5 Mrd. Euro) besteht, werden 21 Mrd. Euro bereitgestellt. Dieser garantierte Betrag soll die geplanten 315 Mrd. Euro durch private und staatliche Investitionen mobilisieren. Zu diesem Zweck wurde ein Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI) eingerichtet, der zusammen mit der EIB die Vergabe der Projektförderung in die Hand nehmen soll.

Nach dem anfänglichen Nein zu der Frage, ob diese Mittel weiter aufgestockt werden sollen, haben sich inzwischen mehrere Länder – darunter Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Polen, die Slowakische Republik und nun auch Deutschland – zu einem Ja durchgerungen. Es ist auch dringend geboten, weitere Gelder in den Fonds einzuzah-

len, wenn die Initiative einen wirklich spürbaren Effekt auf dem Arbeitsmarkt erzielen soll. Zwar nehmen sich die 315 Mrd. Euro auf den ersten Blick als respektable Summe aus. Verteilt man sie aber auf die Jahre von 2015 bis 2018, macht dies gerade einmal 0,8 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union.

RIESIGER INVESTITIONSSTAU

Das Europäische Parlament (EP) hat bei der Definition der Vergaberichtlinien mit Nachdruck darauf gedrängt, dass insbesondere Nachhaltigkeit (keine wirtschaftlichen Strohfeder!) und die Schaffung von Arbeitsplätzen die wichtigsten Kriterien bei der Mittelvergabe sind. Nach einer intensiv geführten Diskussion zwischen dem EP und der EU-Kommission (unter Beteiligung führender Mitgliedstaaten) über die Arbeitsweise des EFSI soll in diesen Tagen nun der vorliegende Entwurf des Investitionsprogramms durch EP und Rat verabschiedet werden. Danach kann der EFSI seine Arbeit aufnehmen.

Ansichts des großen Investitionsstaus wollten einige Projektverantwortliche allerdings nicht auf das Ende des Gesetzgebungsverfahrens warten. Bereits im April lief die Förderung der ersten Projekte im Rahmen der Investitionsinitiative an. Die Verwaltungsräte der EIB und des Europäischen Investitionsfonds (EIF) haben entsprechende Darlehen von insgesamt 300 Mio. Euro für Projekte genehmigt, die höchst wahrscheinlich über das EFSI finanziert werden können. Dadurch werden rund 850 Mio. Euro für Vorhaben des öffentlichen und des privaten Sektors mobilisiert. Projekte, die förderungswürdig erscheinen, aber womöglich doch nicht für den EFSI in Betracht kommen, will die EIB im Rahmen ihrer normalen Bankgeschäfte finanzieren. ➤

EXPERTENTEAM MASCHINEN- UND ANLAGENBAU

Dialog mit Politik fortsetzen

Eindeutig positiv bewerteten die Mitglieder des Expertenteams Maschinen- und Anlagenbau den vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ins Leben gerufenen mehrstufigen Dialogprozess zur Zukunft der Branche. Bei ihrem zweiten Treffen am 12. Juni 2015 kamen sie überein, diesen Branchendialog langfristig weiterzuführen und ihm konkrete Maßnahmen folgen zu lassen.



Wie fast alle Mitglieder des von der IG Metall im letzten Jahr eingerichteten Expertenteams Maschinen- und Anlagenbau hatte auch Regina Schacht, Betriebsratsvorsitzende Sempell GmbH, an der im Herbst gestarteten Online-Befragung des BMWi teilgenommen. „Unsere Stimme zählte“, betonte sie. Das sei ihr wichtig gewesen. Die meisten Fragen hätten sich zwar eher an Arbeitgeber gerichtet. Dennoch habe sie gerne die Gelegenheit genutzt, ihre Überlegungen in den Dialogprozess einzubringen. Auch für Ottmar Heger, Betriebsratsvorsitzender Gildemeister Drehmaschinen, war positiv an dem Dialogprozess des BMWi, dass Betriebsräte ihre Positionen „auf Augenhöhe“ mit Arbeitgebern austauschen konnten. Besonders interessant war für Gottfried Weippert, Betriebsratsvorsitzender beim

Druckmaschinenhersteller Koenig & Bauer, festzustellen, dass viele Mittelständler ähnliche Sorgen mit Blick auf die Zukunft des Maschinen- und Anlagenbaus haben, wie Betriebsräte.

Aus Sicht des Expertenteams hätte dieser dreistufige Dialogprozess – Online-Befragung, Fachgespräch, Spitzengespräch – allerdings noch besser laufen können. Beispielsweise hätten mehr Fragen auf die Interessen von Arbeitnehmern abgestellt sein können. Bemängelt wurde auch, dass die Ergebnisse der Online-Befragung nicht dokumentiert und gruppenspezifisch ausgewertet wurden. Dadurch konnten sich die Teilnehmenden kein Bild darüber machen, wie die Betriebsräte und wie die Arbeitgeber geantwortet hatten. Überdies seien viele Fragen zu allgemein und zu wenig auf einzelne Teilbranchen bezogen gewesen.

Auch Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, begrüßte den BMWi-Dialogprozess. „Wir haben uns gut eingebracht und kritische Fragen gestellt. Jetzt setzen wir darauf, dass dieser Prozess fortgesetzt wird. Wir brauchen Antworten auf die Frage, wie wir gemeinsam Beschäftigung in der Branche nicht nur halten, sondern neu aufbauen können. Denn wir stehen vor der Herausforderung, den Maschinen- und Anlagenbau angesichts

neuer Märkte – Stichwort: Green-Tech und E-Mobility –, des demografischen Wandels, der zunehmenden Digitalisierung und der zu erwartenden Strukturumbrüche strategisch neu ausrichten zu müssen.“ Insbesondere mahnte Lemb ein „Frühwarnsystem“ an, um die Gefahr struktureller Einbrüche in der Branche rechtzeitig erkennen, abmildern und erforderliche Umbrüche frühzeitig mitgestalten zu können.

Ramona Frick, Leiterin des Referats Investitionsgüterindustrie im BMWi, betonte, wie sehr auch dem Ministerium daran gelegen sei, diesen begonnenen Branchendialog fortzuführen. „Wir wollen uns weiter öffnen, um die Chancen, die vor allem die Energiewende und die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft mit sich bringen, zu nutzen und dadurch den deutschen Maschinen- und Anlagenbau noch wettbewerbsfähiger zu machen“, hob sie hervor.

Auf vier Ebenen soll der Dialog nunmehr weiter geführt werden: Erstens ist beabsichtigt, die Branchendialoge stärker in die Bundesländer hineinzutragen; zweitens gelte es, so Ramona Frick, in dem neu gegründeten sozialpartnerschaftlichen Bündnis „Zukunft der Industrie“ verbindliche Handlungsstrategien und Maßnahmen auf der Basis der Branchendialoge vorzubereiten; drittens sollen themenbezogene Workshops über alle Branchen hinweg durchgeführt werden, zum Beispiel zum Klima- und Umweltschutz oder zum Emissionshandel; viertens soll auf der Arbeitsebene im Herbst eine Zwischenbilanz des bisher Geleisteten gezogen werden.

► Fortsetzung von Seite 1

Die ersten EFSI-Projekte der EIB betrafen Investitionen in

- ✕ die Gesundheitsforschung in Spanien,
- ✕ den Ausbau des Flughafens von Dubrovnik,
- ✕ den Bau von 14 Gesundheitszentren in Irland in Höhe von 142 Mio. Euro.

In Finnland wurde kürzlich ein 75-Mio.-Euro Kredit von der EIB vergeben, um die Energieeffizienz bei der biologischen Zellstoffgewinnung zu fördern. Während der Kon-

struktions- und Bauphase sollen hier 6 000 Arbeitsplätze entstehen, dauerhaft sollen 2 500 bleiben. Mittlerweile befinden sich weitere Projekte in Spanien, Frankreich und anderen EU-Staaten in der Startphase. Bislang ist das Fazit des Juncker-Plans dürrig: Einige Mitgliedstaaten haben sich verhalten gezeigt, und nur wenige konkrete Projekte wurden bislang „angeschoben“. Insgesamt ist die geplante Investitionssumme, gemessen am realen Bedarf, gering. Ein wichtiges Kriterium

für die Vergabe von Geldern, nämlich die grenzübergreifende Kooperation, fehlt nach wie vor. Ein klarer Fokus muss darauf gelegt werden, innovative und wettbewerbsfähige Projekte in den Ländern zu fördern, die gegenwärtig unter den Folgen einer verfehlten Europapolitik am meisten zu leiden haben. Hier könnten die EU-Mitgliedsländer, die sowohl über die technologischen wie finanziellen Mittel verfügen, auch im eigenen Interesse für mehr Dynamik sorgen.

GERECHTE FINANZIERUNG ÖFFENTLICHER INVESTITIONEN

Neue Finanzierungsinstrumente prüfen

Die im Sommer 2014 von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gegründete Expertenkommission aus Unternehmens- und Gewerkschaftsvertretern, Verbandsspitzen und Wissenschaft zur Finanzierung öffentlicher Investitionen hat im April 2015 ihren Abschlussbericht vorgelegt. Mit einzelnen Positionen haben sich die Gewerkschaften kritisch auseinandergesetzt.

Das Kommissionspapier empfiehlt neben einer Stärkung kommunaler Investitionen die Förderung einer privaten Infrastrukturgesellschaft unter öffentlicher Kontrolle. Diese soll sich durch Mauteinnahmen finanzieren und privaten institutionellen Anlegern sowie einem Bürgerfonds für individuelle Sparer Investitionsmöglichkeiten bieten.

Dieser Position konnten die in der Expertenkommission beteiligten Gewerkschaftsvertreter nicht zustimmen. Stattdessen schlagen sie einen Pakt zur gerechten Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Investitionen vor, der unter anderem folgende Punkte enthält:

1. Öffentliche Investitionen müssen vorrangig aus Steuermitteln finanziert werden. Um die Lasten gerecht zu verteilen, sollten die bisherigen Steuerprivilegien für sehr hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften wieder rückgängig ge-

macht werden. Mit den erzielten Mehreinnahmen sollen öffentliche Investitionen getätigt werden.

2. Die öffentliche Hand muss ihren fiskalpolitischen Handlungsspielraum voll ausnutzen. Allein im Jahr 2014 hätte der Staat einen Verschuldungsspielraum von etwa 35 Mrd. Euro ausschöpfen können. Für 2015 wird dieser schätzungsweise bei knapp 19 Mrd., für 2016 bei rund 17,8 Mrd. und für 2017 bei etwa 13,1 Mrd. Euro liegen.

3. Die öffentlichen Investitionen sollten von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Damit würde die in der Finanzwissenschaft allgemein anerkannte „goldene Regel“ wieder angewendet werden und eine öffentliche Neuverschuldung in Höhe der öffentlichen Investitionen möglich gemacht.

Erst wenn alle Finanzierungsoptionen ausgeschöpft sind, sollten die in dem Bericht vorgeschlagenen neuen Finanzierungsinstrumente geprüft werden, fordern die Gewerkschaften. Sie sehen in diesen Instrumenten im Prinzip keine kostengünstige und effiziente Alternative zur Beschaffung von Finanzmitteln.

Die Gewerkschaften lehnen die steuerpolitischen Vorschläge zur Förderung von privaten Investitionen auch deswegen ab, weil sie letztlich dazu führen würden, die ohnehin ungleiche steuerliche Belastung von Arbeit und Kapital zulasten des Faktors Arbeit – aber auch zulasten der öffentlichen Hand – zu verschieben. Zudem sehen sie keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen privaten Investitionsschwäche und dem geltenden Steuerrecht.

In der Expertenkommission prallten alte Fronten wieder aufeinander. Investitionspolitik ist kein interessenfreier Raum. Es bleibt abzuwarten, wie das BMWi mit den Empfehlungen der Expertenkommission und dem Sondervotum der Gewerkschaften umgehen wird.

➤ [Link zum Artikel](#)

Branchendialog Elektroindustrie

MITBESTIMMUNG UND TARIFBINDUNG SIND WETTBEWERBSVORTEILE

An der Online-Konsultation des Bundeswirtschaftsministeriums beteiligten sich Betriebsräte zu mehr als der Hälfte der rund 900 Teilnehmenden. Der von ihnen formulierte Handlungsbedarf war Gegenstand sowohl des Fach- wie auch des Spitzengesprächs im Rahmen des Branchendialogs.

Die Positionen der Arbeitnehmervertreter fanden Eingang in das gemeinsame Positionspapier von Politik, Arbeitgeberverbänden und IG Metall ([Hier der Link zum Papier](#)). Während des Spitzengesprächs verdeutlichte Jürgen Kerner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, die Sorgen der Arbeitnehmervertreter: Globale Wachstumschancen würden zunehmend um den Preis von Verlagerungen realisiert. Dies betreffe nicht nur Fertigung

und Montage, sondern zunehmend auch Bereiche wie Forschung und Entwicklung, Einkauf oder Servicefunktionen. Wolle man den Industriestandort Deutschland stärken, gelte es, diesen Trend zu brechen und die hiesige Wertschöpfungstiefe zu erhalten, so Kerner.

Aus Sicht der IG Metall bietet die Energiewende – ein gewaltiges Umbauprojekt – jede Menge Chancen. Denn wer soll die Netze bauen und die Elektromobilität vorantreiben, wenn nicht die Elektroindustrie? Diese Chancen würden von der Branche bisher jedoch viel zu wenig genutzt. Investitionen würden sogar zurückgefahren oder zu zögerlich betrieben.

Zu verhalten seien auch die Anstrengungen auf dem Feld der betrieblichen Weiterqualifizierung, betonte Kerner. Das Sys-

tem der dualen Berufsausbildung und des dualen Studiums müsse weiter gestärkt werden. Es sei der Humus, auf dem die Ideen und Innovationen der Nachwuchskräfte entstünden.

Für die IG Metall sind Qualifikation und Wissen der Beschäftigten ebenso unverzichtbar, wenn es gilt, die Digitalisierung der Produktion voranzutreiben. Das Ergebnis der Onlinebefragung habe gezeigt, so der Gewerkschafter, dass eine mangelnde Einbindung der Beschäftigten als die größte Hürde bei der Implementierung der Industrie 4.0 angesehen wird.

Zur Beschäftigungspolitik stellte Jürgen Kerner abschließend fest: „Mitbestimmung und Tarifbindung sind Wettbewerbsvorteile. Belegschaften, die beteiligt sind und deren Arbeitsleistung ordentlich honoriert wird, liefern hochwertige Produkte ab und treiben motiviert die für den Standort so nötigen Innovationen voran.“

➤ [Link zur Rede von Jürgen Kerner](#)

BRANCHENTAGUNG INDUSTRIEARMATUREN

Psychische Belastungen im Fokus

Bei der diesjährigen Branchentagung Industriearmaturen standen die Themen „Gefährdungsbeurteilung“ und „psychische Belastungen“ im Mittelpunkt. Die Tagung fand bei dem Unternehmen Flowserve/Gestra in Bremen statt.



Susanne Jasper, Ressort Arbeitsgestaltung und Gesundheitsschutz beim Vorstand der IG Metall, verdeutlichte, was die teils dramatische Erhöhung der Krankheitsfälle auch in der Branche Industriearmaturen verursacht: Es ist vor allem die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, die sich in psychischen Erkrankungen niederschlägt. Auch die Verlagerung unternehmerischer Verantwortung auf den

einzelnen Beschäftigten erzeugt seelischen Stress.

Nur in 20 Prozent der Betriebe werden psychische Belastungen erfasst. Der Großteil der Arbeitgeber kommt seinem Auftrag, eine ganzheitliche Gefährdungsbeurteilung durchzuführen, nicht nach. Susanne Jasper stellte den Teilnehmern der Tagung

geeignete Instrumente vor, um diese Belastungen zu ermitteln und informierte sie über die gesetzlichen Grundlagen für entsprechende Betriebsvereinbarungen. Gegenstand der sich anschließenden Arbeitsgruppen waren betriebsnahe Lösungen für einzelne Probleme.

Die wirtschaftliche Situation ist für einen Großteil der Branche wenig zufriedenstel-

lend. Die Krise in Russland, das schwache Ölgeschäft und die Nuklearlastigkeit des Produktspektrums sind dafür ursächlich. In einigen Unternehmen gibt es einen Einstellungsstopp, in anderen steht Personalabbau an. Standortsicherung und Produktalternativen werden für die Branche weiterhin wichtige Themen bleiben.

Terminankündigungen Branchentagungen

Holzbearbeitungsmaschinen:

21. bis 23. September in Krefeld

Thema: Innovationen im Bereich der Holz-/Holzersatzstoffe und ihre Bedeutung für Arbeitsplätze und Ressourceneffizienz.

➤ Kontakt: sascha.treml@igmetall.de

Photovoltaik-Solar:

10. September in Frankfurt

Thema: Chancen und Herausforderungen des globalen Wettbewerbs

➤ Kontakt: sascha.treml@igmetall.de

Energieanlagenbau: 28. bis 30. September 2015 in Bexbach/Saar

Thema: Zukunft und Beschäftigung sichern – industrie- und betriebsspezifische Handlungsfelder im konventionellen Energieanlagen- und Kraftwerksbau in Deutschland.

➤ Kontakt: michael.jung@igmetall.de

IG Metall startet Initiative zum Energieanlagenbau

Die Branche steht mit dem Rücken an der Wand. Deshalb hat die IG Metall eine Initiative zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung gestartet und die Unternehmen des konventionellen Energieanlagenbaus sowie den Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) eingeladen, sich daran zu beteiligen. Bei einem gemeinsamen Gespräch mit Staatssekretär Machnig vom Bundeswirtschaftsministerium, das Mitte Mai in Berlin stattfand, haben sich die IG Metall, der VDMA sowie die Unternehmen und die Betriebsräte auf Eckpunkte für einen modernen und effizienten Energieanlagenbau in Deutschland verständigt. Dieser „5-Punkte-Plan zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung des deutschen Energieanlagenbaus“ fordert:

- ✕ Planungssicherheit und stabile politische Rahmenbedingungen,
- ✕ Investitionen stärken und Überkapazitäten am Energiemarkt abbauen,

- ✕ Beschäftigung und Standorte im Energieanlagenbau sichern und weiterentwickeln,
- ✕ Innovationen und technologische Kompetenzen nutzen und ausbauen,
- ✕ Herausforderungen ausländischer Märkte bewältigen.

Der Energieanlagen- und Kraftwerksbau soll am Standort Deutschland weiterhin eine gute Zukunft haben. Das ist das gemeinsame Ziel der Initiative. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall: „Wir wollen die Zukunft des konventionellen Energieanlagenbaus und die Arbeitsplätze in den Unternehmen sichern. Deshalb muss uns der notwendige Umbau der Branche in Richtung einer Übergangstechnologie sowie hocheffizienter Kohle- und Gaskraftwerke gemeinsam gelingen.“

➤ [Link Fünf-Punkte-Papier](#)

Impressum

Herausgeber: IG Metall Vorstand, VBo4, 60329 Frankfurt/Main
Verantwortlich: Wolfgang Lemb
Redaktion: Astrid Ziegler, Peter Kern, Angelika Thomas, Sascha Treml, Michael Jung, Peter Scherrer
Textbearbeitung, Satz und Layout: Agentur WAHLE & WOLF
Fotos: IG Metall, Wikipedia: J. Patrick Fischer
Kontakt und Bestellung: sarah.menacher@igmetall.de
Datum: 6/2015